

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W. 57
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)
Fernsprecher Amt Sühm Nr. 27 46

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Rückblick auf das Jahr 1916. — Gemeinwirtschaft oder Privatmonopole? (Schluß). — Fürsorge für Kriegsteilnehmer in Heidelberg. — Aus unserer Bewegung. — Rundschau. — Eingegangene Schriften und Bücher. — Totenliste des Verbandes.

Rückblick auf das Jahr 1916.

1. Allgemeines, Politik und Volkswirtschaft.

Wieder einmal müssen wir uns Rechenschaft geben in diesen welterdbebernden Zeiten. Die Lehren des Weltkriegs dürfen uns nicht verloren gehen. Freilich, die Ausdeutung ist recht verschieden. Fast jeder sucht in den weltgeschichtlichen Vorgängen unserer Tage eine Bestätigung seiner vorgefaßten Anschauungen. Alles „Umlernen“ gilt als minderwertig und die Umdeutung ist obendrein viel bequemer. Es wird bei den politischen wie wirtschaftlichen Debattdisussionen nur zu oft vergessen, daß noch immer Weltkrieg ist. Man setzt sich über diese Tatsache gar zu gern hinweg. Ebenjowenig darf der einzelne sein an sich durchaus berechtigtes und begreifliches Gefühl der Unzufriedenheit über die vermeidbaren und unvermeidlichen Folgen des furchtbaren Weltringens nach der falschen Richtung hinleiten lassen. Innerhalb der Arbeiterbewegung muß das Verantwortlichkeitsgefühl jedes einzelnen so stark sein, daß er alles Vergebens von den „Instanzen“, die an der Fortführung des Krieges mitschuldig seien, energig zurückweist. Unter allen Umständen müssen wir uns eine geschlossene Arbeiterbewegung erhalten und diejenigen, die seit Jahr und Tag daran rütteln, die nun auch noch den Streit in die Gewerkschaften verlegen möchten, haben weder Verantwortlichkeitsgefühl noch sind sie imstande, irgendwelche Taten vorzulegen (geschweige denn selbst zu tun!), die uns den Frieden schneller brächten.

Dem das war doch eigentlich der Ausgang der Differenzen: Wie kommen wir zum baldigen Frieden? Mancher hat diese Frage schier vergessen, für ihn existiert jetzt in der Hauptsache der Parteistreit an sich. Dieser direkte und indirekte Kampf gegen die eigenen Organisationen ist zwar bislang nicht in die Gewerkschaften gekommen. An Versuchen, ihn auch in die wirtschaftlichen Arbeiterorganisationen hineinzutragen, hat es aber nicht gefehlt. Wir erwarten von allen unseren Kollegen, welcher politischen Auffassung sie immer zuneigen mögen, daß sie jedem Zerpfitterungsversuch sofort entgegenreten.

Bereits hat an manchen Orten die innere Zerrissenheit der Parteioorganisationen als stärkere Sprengkraft gewirkt, denn alle Bedrückung von außen durch Gesetz und Gewalt in früherer Zeit. Eine unbemerkte Mitgliederflucht war die Folge. So zeigt sich hier ein warnendes Beispiel, dessen Lehren wir ins neue Jahr mit Hmübernehmen müssen. . . .

Im letzten Monat des abgelaufenen Jahres ist es klarer denn je zutage getreten, daß der Friedenswille in den feindlichen Ländern sowohl bei den Regierenden als auch in der Arbeiterschaft viel schwächer ist als in Deutschland. Das Friedensangebot des 12. Dezember 1916 bleibt ein historisches Ereignis ersten Ranges, und die Ablehnung durch die feindlichen Länder nicht minder.

Während in Deutschland in allen größeren Städten (Berlin, Hamburg, München, Chemnitz, Köln usw.) große Friedensversammlungen der Arbeiter in diesen Tagen stattfanden mit zehntausenden Besuchern, hören wir nichts dergleichen von England, Frankreich, Italien, ganz zu schweigen von Rußland, wo noch immer der Absolutismus über das Volk verfügt.

Ja, unser Friedensangebot wird in der feindlichen Presse vielfach als Schwäche Deutschlands ausgelegt, und es gibt selbst bei uns Leute, die ein völlig verzerrtes Bild von der Kriegslage geben und die Dinge schwärzer malen als sie ohnehin sind. Wir haben an anderer Stelle regelmäßige monatliche Kriegsüberichten gegeben und möchten bei Jahresabschluss noch einmal kurz das Kriegsjahr 1916 zusammenfassend registrieren. Mit zwei größeren Schlagen der Engländer begann es: Gallipoli mußte geräumt werden, die Bedrohung der Dardanellen wurde damit preisgegeben; der englische Feldzug am Tiaris führte am 29. April zur Gefangennahme eines englischen Heeres von 12 000 Mann unter General Townsend bei Kut-el-Amara. Furchtbare Schlachten wurden im Westen bei Verdun und an der Somme geschlagen. Der deutliche Angriff bei Verdun begann am 21. Februar, führte bis dicht an die Festung im Verlauf dreier Kampfmomente und wurde dann aufgegeben. Bieweit dieser furchterliche Kampf die gegnerische Offensive verzögerte, läßt sich vorerst nicht einwandfrei feststellen. Diese feindliche Offensive brach dann mit noch stärkerer Gewalt Anfang Juli an der Somme hervor. Sie hatte anfänglich einige Teilerfolge (bis 20 Kilometer), die aber in gar keinem Verhältnis zu den furchtbaren Opfern stehen. Erst Mitte November wurden die vergeblichen Durchbruchversuche der Engländer und Franzosen eingestellt. Man hat das Ergebnis der Sommer-Offensive insofern als gewonnene deutliche Schlacht bezeichnet.

Die russische Offensive setzte im Frühjahr mit anfänglich starkem Erfolge bei Luzk und Kowel ein. Der Versuch, Lemberg erneut zu erreichen, mißlang aber. Dafür drangen die Russen im Sommer in die Bukowina erneut ein. Der beabsichtigte Durchbruch in Galizien mißlang völlig unter unglaublich schweren Verlusten. Immerhin wurde dadurch das Vorrücken der Oesterreicher in Südtirol, das am 17. Mai begann, aufgehalten, da die Truppen zurückgenommen werden mußten. Im Sommer gelang es sogar den Italienern, Görz, die völlig zerstörte Stadt, zu besetzen, ebenso das Plateau von Tobedo. Aber auch hier brachte die neunnte und zehnte italienische „Offensive“ keinerlei weitere Erfolge. Die Front steht.

In der mazedonischen Front mußte von den deutsch-bulgarischen Truppen Monastir geräumt werden im Oktober. Eine Änderung der strategischen Gesamtlage gelang dem General Zarraïl nicht. Gegenwärtig bedroht der wachsende Konflikt der Entente mit Griechenland die Salonikarmee sogar im Rücken.

Die bislang größte Seeschlacht des Weltkrieges am Stagerak verlief günstig für die deutsche Flotte. Während England amtlich 130 000 Tonnen eigene Schiffsverluste mit über 6000 Toten zugesteht, hatte Deutschland kaum die Hälfte Schiffsverlust und zirka 2000 Tote. Immerhin war dieses Seetreffen von schauerlicher Furchterlichkeit.

Alle diese Kriegsergebnisse treten aber in den Hintergrund gegenüber unserer siegreichen Offensive in Rumänien, die seit Monaten vorwärts drängt. Ungeheure Vorräte an Lebensmitteln und Kriegsmaterialien sind erbeutet und bislang weit über 150 000 Mann gefangen. Bereits sind die zermürdeten rumänischen Truppen nach Rußland transportiert, und die Russen müssen nun selber Hilfe leisten, wo sie Hilfe erhofften.

Während die Zeppeline anscheinend mehr Schrecken erregen, als wirkliche militärische Erfolge aufweisen, hat der U-Bootkrieg die feindliche Flotte und vor allem die Handelsflotte gewaltig vermindert. Täglich werden mehrere feindliche Dampfer versenkt. Die Monatsquote ist noch ständig im Wachsen und betrug im November über 400 000 Tonnen, die versenkt wurden.

In den Kolonien wird nur noch ein Teil Südostafrikas von unseren Truppen verteidigt. Ebenso haben die feindlichen Flotten unseren Welthandel fast völlig abverrenken können. Nur das Handels-U-Boot „Deutschland“ vollführte bislang zwei Blockadedurchbrüche. . . .

Wer all diese Vorgänge ohne stärkste Voreingenommenheit auf sich wirken läßt, muß klar erkennen, daß unsere militärische Situation zurzeit ausgezeichnet ist und daß die Hoffnung unserer Feinde auf eine Niederlage an der Tapferkeit und dem Siegeswillen unserer Truppen scheitern müssen.

Die schlichte Aufforderung Deutschlands, sich zunächst einmal an den Konferenztisch zu setzen und zu verhandeln, hat in den feindlichen Ländern wahre Wutausbrüche über das „Kriegsmanöver“ Deutschlands hervorgerufen. Die neutralen Länder haben unter Führung Amerikas nun trotzdem gleichfalls ein Vermittlungsangebot gemacht. Noch ist hierüber keine Entscheidung gefallen, wenigstens die Hoffnungen auf baldigen Frieden zurzeit recht geringe sind. . . .

Die Vorgänge der inneren Politik haben im verfloßenen Jahre nicht viel Erfreuliches gebracht. Einige Verbesserungen am Vereinsgesetz, Herabsetzung der Altersgrenze auf 65 Jahre, Kapitalabfindungsgesetz, Reichswochenhilfe. Kurz vor Jahresluß wurde das vielumstrittene vaterländische Hilfsdienstgesetz geschaffen. Wir haben es wiederholt als das kleinere Übel bezeichnet und müssen gegenüber jeder Kritik daran festhalten, daß die Arbeitervertreter nach Kräften versucht haben, für die Arbeiterklasse das Gesetz erträglich zu gestalten. Der Gedanke, die Unterstützung unserer tapferen Truppen, muß von jedem ehrlichen Anhänger der Landesverteidigung gutgeheißen werden.

In der Ernährungsfrage haben wir fortgesetzt Kritik geübt, und auch heute sehen wir keine befriedigende Lösung für die nächste Zukunft. Kampf der Produzierenden und des Handels gegen die Konsumenten ist die unerträgliche Parole dieser Kriegszeit. Ungeheurelliche Wucherprofite werden trotz aller Strafandrohungen und Verbote täglich gemacht. Die Behörden erklären sich für ohnmächtig, und jetzt hat selbst Patecki zugestanden, daß das ganze System unhaltbar geworden ist. Hätte man zu Beginn des Krieges den

Vorschlägen der Arbeitervertreter gefolgt, ganz so elend wäre die Preisfrage der Waren, die ungerechte Verteilung und vieles andere doch nicht ausgefallen, das wird unzweifelhaft durch die bessere Regelung der Brotfrage bewiesen. Es ist und bleibt ein Skandal, daß hier künstlich Quellen der Unzufriedenheit geschaffen worden sind, deren Wasser lustig auf die Mühlen der Opposition laufen.

Auf dem Gebiete der Volkswirtschaft hat das verfloßene Jahr eine weitere beschleunigte Konzentration der Betriebe gebracht. Die Tendenzen zur Monopolisierung wachsen unausgesetzt, und es wird Aufgabe der Arbeitervertreter sein, an Stelle der privaten Monopole und Zwangsinduskate die Staatsmonopole und die Gemeinwirtschaft zu propagieren. Auf die Dauer werden die gewiß zahlreichen Schwächen der Monopolwirtschaft leichter gestaltet werden können, denn an unserer wachsenden Einfluß hierin und können wir nicht zweifeln, wenn wir uns nicht selbst aufgeben wollen.

Und wer wollte das?

Mehr denn je sind jetzt während der Kriegszeit und besonders auch nach dem Kriege die Arbeiterorganisationen notwendig. Sie haben trotz größter Hemmnisse Gewaltiges geleistet. Die Frage aufgeworfen: Wie läßt es jetzt wohl aus ohne die stete Arbeit unserer Vertreter in den Parlamenten, Kommissionen, Ausschüssen usw.? heißt sie beantworten!

Darum müssen auch im neuen Jahre alle Bestrebungen, Zersplitterung und Zwierrat in unsere Reihen zu bringen, ganz energisch zurückgewiesen werden. Unser Kampf geht wie bisher für freiere Staatsbürgerrechte und größere Demokratie in Staat und Industrie. Will die Opposition wirkliche Arbeiterinteressen vertreten, so soll sie den ungeliebten Streit begraben und mit uns arbeiten. Vermag sie das nicht, so richtet sie sich selbst und die Geschichte wird über sie zur Tagesordnung gehen.

Der Stand des Arbeitsmarktes war im verfloßenen Jahre günstiger als in Friedenszeiten infolge der Deeresaufträge. Trotz ungeheurer Hineinziehung der Frauenarbeit war die Nachfrage nach gelernten und ungelerten Arbeitskräften groß und wird es auch wohl bis Kriegsende bleiben. Das läßt aber keinerlei Rückschlüsse zu auf die Uebergangs- und Friedenszeit. Hier durch noch bessere Regelung des Arbeitsmarktes, Arbeitslohnunterstützung usw. vorzubauen, ist Pflicht des Staates und der Gemeinden.

Wir sind weit entfernt von irgendwelchen Illusionen in bezug auf „Neuorientierung“. Was wir aber fordern, ist Vertrauen in die unüberwindliche Stärke unserer Organisationen auch in der Zukunft. Alle Schwarzmalerei ist ebenso große Gefühlsduselei als die rosarote Auffassung einzelner Hoffnungsstetigen.

Die tägliche Kleinarbeit, die mühevollste Hilfe, die jetzt den Funktionären der Gewerkschaften alle Hände voll zu tun gibt, läßt dem einzelnen zum Glück nicht viel Zeit zur Erbitterung über die Niederreißungstaktik mancher Parteistrategen, die nur den Kampf gegen die eigenen Organisationen führen.

Sobald einmal der Friede zur Wirklichkeit wird — und dafür unausgesetzt einzutreten ist Pflicht der deutschen Arbeiterklasse, ist Pflicht jedes Menschen, der an höhere Kulturziele der Menschheit glaubt —, schwinden auch die Rebel, in denen solche unerfreulichen Zersplitterungsbestrebungen sich vorwagen können. So wollen wir im neuen Jahre der starken Hoffnung Ausdruck verleihen, daß uns der Friede bald kommen möge. Dann werden alle unsere Bestrebungen wieder mit Kraft und Stärke einsetzen können und uns zu neuen Erfolgen führen.

Gemeinwirtschaft oder Privatmonopole?

(Schluß)

Monopolen werden wir nicht entgehen! Für die wichtigsten Industrien, wie das Stahlgewerbe, die Eisengroßindustrie, chemisches Gewerbe, Kalibergbau, Baumaterialien usw. sind bereits geschlossene, monopolartige Gebilde vorhanden; in allen anderen Gewerben, vielfach auch im Großhandel, gibt es mehr oder minder umfassende und feingegliederte Vereinigungen, die Erzeugung, Verschleiß und Preisgestaltung in den Kreis jener Maßnahmen ziehen, die darauf hinausgehen, durch Ausschaltung der freien Konkurrenz und damit des Gesetzes von Angebot und Nachfrage, soweit es preisdrückend wirkt, den Markt zugunsten der Warenbesitzer zu beeinflussen. Es soll nicht verkannt werden, daß die Zusammenfassung der Unternehmen eines Industriezweiges unter eine gemeinsame Bestimmung über Produktion, Absatz und Preise in Zeiten der Hochkonjunktur solch krasse Preissteigerungen, wie man sie oft im ganz ungebundenen Verkehr erlebte, wohl zügeln, aber im allgemeinen steigern sie den Gewinn des gesamten, in dem Gewerbe arbeitenden Kapitals. Die Mäßigung in Perioden stürmischen Begehrens nach Erzeugnissen gleichen sie wieder aus durch künstliches Hochhalten der Preise bei abgedrückter Nachfrage; sie stabilisieren die Preise in einer Weise, die den Verbrauchern die Waren verteuert.

Wie die Ausschaltung der freien Konkurrenz wirkt, das erleben wir ja nun in recht fühlbarer Weise. Die Interessenten machen der Kriegswirtschaft den Vorwurf, sie habe den freien Handel zu stark gebunden; die Folge davon sei die hervorgetretene ungebührlich starke Preissteigerung. In Wirklichkeit gibt es jetzt gar keinen freien Handel, der zum Vorteil für die Verbraucher die Konkurrenz als preisfesten Einfluß zur Geltung kommen lassen könnte. Das ist nicht möglich, weil die Voraussetzung fehlt, durch entsprechende Steigerung der Erzeugung oder genügendes Heranziehen begehrter Waren vom Weltmarkt das Angebot mit der Nachfrage in Einklang zu bringen. Am merkbarsten tritt das auf dem Markt für Lebensmittel hervor. Seit Beginn des Krieges besetzt man die Praxis, die Preise von Erzeugnissen, bei denen sich ein besonders großer Mangel zeigt, hinaufzusetzen, um die „Produktion anzuregen“. Die Preissteigerung wirkt dann allerdings anregend, aber die Mehrezeugung erfolgt auf Kosten anderer Produkte. deren Anbau wird eingeschränkt. Nun zeigt sich hier der Mangel, dem wieder durch anregende Preissteigerung abgeholfen werden soll. So bewegen wir uns in einem Kreise mit dem Erfolg, daß alle Erzeugnisse mit unfehlbarer Sicherheit immer mehr verteuert werden.

Auf den vom Präsidenten des Kriegsernährungsamts verheißenen Abbau der Preise können die Verbraucher lange warten; Zug um Zug schieben die Preise in die Höhe. Die Verteuerung würde noch erheblicher sein, wenn nicht die Festsetzung von Höchstpreisen der Bucherei eine größere Schranke setzte, und wenn nicht verschiedene Erzeugnisse dem sogenannten freien Handel vollständig entzogen worden wären.

Die Marktverhältnisse, in die uns der Krieg gezwungen hat, können und werden ebenfalls von Monopolen künstlich herbeigeführt, wenn sie unter deren Herrschaft auch nicht ganz zu der schroffen Form sich ausleben werden, sobald wieder die Schranken gefallen sind, die uns vom Weltmarkt abschließen.

Nun stehen wir vor der Frage: soll man die mit der wachsenden Macht der Monopole unvermeidliche Steigerung der Gewinne, soll man die Beherrschung des ganzen Wirtschaftslebens dem Privatkapital überlassen, oder erscheint es vorteilhafter, die in Betracht kommenden Industrien zu verstaatlichen? Wir glauben, die Frage muß zugunsten von Staatsmonopolen entschieden werden. Ueber die Form der Ablösung brauchen wir uns jetzt nicht näher zu unterhalten; es ist selbstverständlich, daß die Übernahme unter Bedingungen erfolgen muß, die als wirtschaftlich vorteilhaft für die Allgemeinheit gewertet werden können. Die Entschädigung für die Privatunternehmer darf nicht so hoch sein, daß sie da-

mit vielleicht dauernd die hohen Monopolgewinne einstreichen, so daß schließlich nur eine Minderung im Reichtum, nicht jedoch im Nutzungsempfang eintreten würde. Der Staat hat Machtmittel genug, die Rente für den Privatkapitalisten sehr gering zu bemessen, und zwar lediglich für das in die Unternehmen wirklich hineingesteckte Kapital, nicht etwa für unausgezahlte Gewinne und künstlich erhöhtes Kapital.

Ob die Staatsbetriebe die Erzeugnisse billiger abgeben sollen, als das die Privatmonopole tun würden, oder ob sie aus den Unternehmen große Ueberschüsse erzielen sollen, das sind Sonderfragen, die später gelöst werden müssen. Von Entscheidung dabei ist der Einfluß, den die Volkvertretungen in den Parlamenten auszuüben in der Lage sind, worüber letzten Endes wieder die Wähler entscheiden. Rechnen wir damit, daß der Staat große Ueberschüsse erwirtschaftet, dann ist die Forderung zu stellen, daß sie ausschließlich im Interesse der Allgemeinheit, nicht als Mittel benutzt werden, die starken Schultern zu entlasten; sie müßten vorwiegend an die Stelle von indirekten Steuern treten, vornehmlich solcher Steuern, die dem Volke die Lebenshaltung verteuern.

Gerade im Hinblick auf diesen Punkt erlangt die Angelegenheit erhöhte Bedeutung. Der Krieg hat das Steuerbedürfnis in einem bisher überhaupt nicht für möglich gehaltenen Maße gesteigert. Die Aussicht, die Lasten in der Gestalt von direkten Steuern auf den Besitz abwälzen zu können, sind gleich Null. So stark man das private Kapital auch belasten mag, es findet immer Mittel und Wege, die Steuern auf den Verbraucher abzuwälzen. Man darf nicht vergessen, daß den Monopolen die Macht gegeben ist, die Verkaufspreise ziemlich willkürlich zu steigern, und man kann immer Kanäle bauen, durch die Gewinne fortgeschmuggelt werden können. Aus diesen Erwägungen heraus liegt die Entwicklung zum Staatsmonopol im Interesse der Allgemeinheit.

Es sind jedoch weitere Befürchtungen laut geworden, Staatsmonopole könnten der Arbeiterbewegung gefährlich werden, das ganze Wirtschaftsleben gewissermaßen militarisieren, an die Stelle des freien Arbeitsvertrages das Verhältnis von Kommandogewalt und unbedingtem Gehorsam setzen. Dergleichen Bedenken sind weit übertrieben. Als ideal erscheint uns eine Staatsallmacht allerdings auch nicht. Jedoch: zunächst hat das Volk es in der Hand, selbst die Staatsmacht zu werden, indem es seine politischen Rechte erweitert und in entsprechender Weise ausnützt. Sein politischer Reifegrad bestimmt, in welchem Maße die Staatsmacht zu seinen Gunsten oder zu seinem Vorteile benutzt wird. Sodann darf man nicht übersehen, daß hier das Wort von dem Umwälzen der Quantität in die Qualität gilt. Der Staat als Arbeitgeber kann wohl auf einem Gebiete diktatorisch herrschen, die Arbeiter rechtlos machen, aber das ist nicht möglich für große oder gar überwiegend große Teile des gesamten Wirtschaftslebens. Der Massenwille zerbricht schließlich Gesetze, viel eher noch Bestimmungen, die seine Arbeitskraft untergraben wollen. Aus eigenem Interesse muß der Staat den Arbeitern ebenso viel Bewegungsfreiheit einräumen, als sie sich dem privaten Kapital gegenüber erkämpfen können. Uebrigens bekunden die Bergarbeiter, daß der Staat als Kohlengrubenbesitzer der Arbeiterbewegung mindestens nicht mehr Schwierigkeiten in den Weg legt als das private Kohlenkapital. Und schließlich hat man im Kriege noch zugehört. Schon vor dem Kriege waren die Zivilbehörden oft viel eher geneigt, mit den Arbeitervertretungen zu verhandeln, als die auf ihre Macht pochenden Unternehmer, noch viel weitherziger und die Bedeutung der Gewerkschaften anerkennend erwiesen sich die militärischen Kommandostellen.

Solche Erfahrungen behalten dauernden Wert. Und schließlich ist es Sache des Volkes, im Staate den ihm gebliebenen Einfluß zu erlangen und ihn zum Vorteil der Gesamtheit einzusetzen.

Fürsorge für Kriegsteilnehmer in Heidelberg.

In seiner Sitzung vom 15. Dezember hat der Heidelberger Bürgerausschuß auch der städtischen Vorlage bezüglich der Fürsorge für die aus dem Kriegsdienst zurückkehrenden städtischen Arbeiter und ihre Hinterbliebenen zugestimmt.

Die Grundsätze sind im wesentlichen dieselben, wie sie die Oberbürgermeisterkonferenz für die größeren Städte Badens vereinbart hat. Bemerkenswert ist also, daß hier von einer außerhalb der Kompetenz der bürgerlichen Kollegien der einzelnen Städte stehenden Konferenz die Grundzüge für eine der wichtigsten Regelungen der Jetztzeit getroffen wurden. Sind diese Grundzüge, abgesehen von ihren unverkennbaren Mängeln, auch nicht schlecht, sondern besonders was die Fürsorge für die Hinterbliebenen betrifft, auch recht zeitgemäß gehalten, so müssen die organisierten Gemeindeglieder Badens (und mit ihnen die sozialdemokratischen Fraktionen der einzelnen Städte) die Tätigkeit dieser Oberbürgermeisterkonferenzen sehr aufmerksam verfolgen; denn es können ebensogut wie fortschrittliche auch rückwärtliche Vereinbarungen und Verabredungen zustandekommen, die dann, eben weil sie für mehrere Städte verabredet sind und in der Oberbürgermeisterkollektivität dann ihre natürliche Stütze finden, viel schwerer zu bekämpfen und zu überwinden sind. Wir gehen wohl auch nicht fehl in der Annahme, daß die engberzige Haltung der Stadtverwaltungen von Freiburg und Heidelberg in der Frage der Gewährung von laufenden Kriegsteuerungszulagen in der Hauptsache auf solche Absprachen zurückzuführen ist. In der Sache selbst ist beschlossen, daß vom Kriegsdienst zurückkehrende gesunde städtische Arbeiter wieder in ihrer gleichen Arbeitsstelle verwendet werden. Die Kriegsjahre werden betreffs späteren Ruhelohns doppelt gerechnet. Dienstalterzulagen, die während der Kriegszeit fällig geworden sind, werden gewährt.

Kriegsbeschädigte städtische Arbeiter erhalten, wenn die Beeinträchtigung der Arbeitsleistung nicht wesentlich ist, den früheren Lohn bzw. ihre frühere Arbeit. Kriegsbeschädigte, welche in ihrer Arbeitsfähigkeit wesentlich beeinträchtigt sind, erhalten ohne Anrechnung der Militärrente den Lohn nebst etwaigen Zulagen, die dem festzustellenden jeweiligen Grad ihrer Leistungsfähigkeit und Verwendbarkeit entsprechen. Höhererfalls ist der Lohn abweichend vom Lohnsatz festzusetzen. Dabei soll darauf Rücksicht genommen werden, daß der Wiederangestellte, unter Hinzurechnung seiner reichsrechtlichen Versicherungsbezüge sowie aller militärischen Leistungen (auch der Kriegs- und Verstümmelungszulage), zum mindesten ein Einkommen hat, das dem vor dem Eintritt zum Kriegsdienst bezogenen Lohn gleichkommt.

Diese letzten zwei Bestimmungen sind die ungerechtesten der ganzen Vorlage. Zunächst trifft den Arbeiter doch kein Verschulden daran, daß er am Kriegsdienst teilnehmen mußte. Es wäre deshalb nicht mehr wie billig, ihm auch im Falle der Kriegsbeschädigung den Lohn zu garantieren, den er vor Kriegsausbruch gehabt hat. Er leidet an seiner Beschädigung genug, da braucht nicht auch noch eine dauernde Lohnminderung einzutreten. Das gibt aber die Stadtverwaltung von Heidelberg nicht zu, sondern sie setzt den Lohn von Fall zu Fall nach Leistung fest. Zuständig zur Lohnfestsetzung sind natürlich die Betriebsvorstände. Diese sind im allgemeinen, mit blutigen Ausnahmen, noch mehr gegen anständige Löhne der städtischen Arbeiter wie ausgesprochene Scharfmacher in der Privatindustrie. Daß die Heidelberger Betriebsleiter keine Ausnahme von der Regel machen, sieht man am besten an den derzeit bezahlten Löhnen, die gerade in Heidelberg außerordentlich niedrig sind. Wie also dementsprechend die Löhne der armen Kriegsbeschädigten sich gestalten werden, das kann sich jedermann selbst ausmalen. Aber nicht genug damit, daß die Betriebsleiter die Löhne festzusetzen haben, wollte sie die städtische Vorlage noch direkt anleiten, ungenügende Löhne zu zahlen, indem in den früheren Lohn noch die Kriegs- und Verstümmelungszulage eingerechnet werden sollte. Also selbst diese als Schmerzenselder zu betrachtenden Bezüge wollte sich der Heidelberger Stadtrat zunutze machen. In der Bürgerausschussitzung ist auf sozialdemokratischen Antrag hin diese Bestimmung gefallen. Kriegs- und Verstümmelungszulagen sollen also nicht eingerechnet werden, aber die Militärrenten.

Sollte ein Kriegsbeschädigter sich bei dieser Lohnfestsetzung durch den Betriebsleiter nicht beruhigen zu können, so kann er sich an eine Kommission wenden, welche dann eine Vorentscheidung

trifft. Die endgültige Entscheidung trifft gegebenenfalls der Stadtrat. Die Kommission, welche die Vorentscheidung trifft, besteht aus:

1. einem Bürgermeister oder einem Beauftragten desselben, als Vorsitzenden;
2. dem Amtsvorstand der betreffenden Verwaltung oder einem Beauftragten desselben;
3. einem vom Stadtrat zu bezeichnenden Arzt;
4. zwei von dem Arbeiterausschuß des betreffenden Betriebes zu bezeichnenden Mitgliedern desselben.

Man beachte also: Derselbe Betriebs- oder Amtsvorstand, über dessen Festsetzung Beschwerde geführt wird, scheidet in der Beschwerdekommision als wichtigste und ausschlaggebende Person: er ist also gewissermaßen Angeklagter und wichtigster Richter zugleich. Denn darüber kann doch kein Zweifel herrschen, daß selbst ein Bürgermeister resp. Oberbürgermeister in Fällen, in welchen es sich darum handelt, über den Wert einer Arbeitsleistung für den Betrieb zu urteilen, er die Ansicht des Betriebsleiters als sachmännisches Urteil für sich gelten lassen muß. Ebenso steht es mit dem Arzt, der zwar die rein physische Kraft und Leistungsfähigkeit des Arbeiters prüfen und beurteilen kann, aber bezüglich des Wertes der Arbeitskraft für den Betrieb ebenfalls dem Urteil des Betriebsleiters nachgeordnet ist. Weibens noch die zwei Arbeiterausschussmitglieder, die aber den drei vorgenannten Mitgliedern gegenüber gewiß nicht unabhängig sind, sondern gewärtig sein müssen, daß eine abweichende Stellungnahme ihnen vom Betriebsleiter auf andere Weise eingetrichtert wird. Dabei ist noch ausdrücklich verlangt, daß die Arbeitervertreter aus dem Arbeiterausschuß des betreffenden Betriebes sind, so daß also ziemlich jede Möglichkeit, daß sie sich ungestraft frei äußern, ausgeschlossen erscheint.

Eine solche „Beschwerdekommision“ schlug der Heidelberger Stadtrat, unter Führung eines rechtskundigen Oberbürgermeisters und eines ebensolchen Bürgermeisters, dem Bürgerausschuß vor, der dieselbe denn auch in aller Form sanktete. Ein Abänderungsantrag unserer Parteigenossen, die Kommission wie in Mannheim, aus Stadträten und Arbeiterausschussmitgliedern zusammenzusetzen und Betriebsleiter und Stadtrat gütlich zu hören, wurde abgelehnt. Daß auf einer solchen Rechtsgrundlage kein Vertrauen erwachsen kann, darüber braucht sich die Heidelberger Stadtverwaltung nicht zu wundern und sie hat es sich in Zukunft selbst zuzuschreiben, wenn die Beschwerden über die Lohnfestsetzung nicht abreißen und mehr Zeitverlorennis und Verdruß bringen, als die Summen wert sind, die auf diese Weise von den Kriegsbeschädigten hereingeholt werden.

Besser sind die Bestimmungen über Ruhe Lohn und Hinterbliebenenversorgung. Kriegsbeschädigte, die nicht mehr arbeiten können, aber vor Einziehung zum Kriegsdienst mindestens ein Jahr im städtischen Dienst standen, erhalten für jedes im Dienst der Stadt zugebrachte Dienstjahr einen Rentenatz von 35 Proz. des maßgebenden Lohnanschlages, mindestens aber 15 Proz., höchstens 35 Proz. zu ihren militärischen Versorgungsgebührenten. Kriegsjahre zählen, wie schon erwähnt, doppelt, doch darf durch militärische Versorgung und städtische Kriegsunterstützung der volle, der Ruhe Lohnberechnung zugrunde liegende Lohnanschlag nicht überschritten werden, sonst werden die städtischen Leistungen entsprechend gekürzt. Den vom Kriegsdienst zurückkehrenden erwerbsunfähigen ruhenden Lohnberechtigten Stadtarbeitern wird der Ruhe Lohn unverkürzt gewährt. Eine Anrechnung der militärischen Versorgungsgebührenten findet nicht statt. Ebenso erhalten die Hinterbliebenen von im Kriegsdienst gestorbenen ruhenden Stadtarbeitern die zustehende Witwen- und Waisenversorgung ohne Einrechnung der militärischen Versorgungsgebührenten.

Den Hinterbliebenen von im Kriegsdienst verstorbenen Stadtarbeitern, die noch nicht ruhelohnberechtigt, aber über ein Jahr bei der Stadt beschäftigt waren, werden Zuschüsse zur militärischen Versorgung gezahlt, und zwar der Frau für jedes Dienstjahr, das der Mann beschäftigt bzw. im Kriegsdienst war, 3 Proz. des für den Mann zuständigen Lohnanschlages, mindestens aber 15 Proz. dieses Anschlages. Für jedes Kind werden entsprechende Zehntel des Witwengeldes zugesprochen, doch dürfen die Zuschüsse für diese Kriegswitwen- und -waisen nicht höher sein, als das normale Witwen- und Waisengeld wäre; außerdem sollen militärische Versorgung und städtischer Zuschuß bei einer Witwe ohne Kinder 50 Proz., mit ein und zwei Kindern 60 Proz., mit mehr Kindern 70 Proz. des für den Mann maßgebenden Lohnanschlages nicht übersteigen. Da die Lohnanschlüsse in Heidelberg

schon vor einigen Jahren festgelegt wurden, so sind dieselben natürlich für die heutigen Verhältnisse sehr ungenügend. Zumeist ist anzuerkennen, daß die Verordnungen auf einer sicheren Grundlage ruhen, auf der nötigenfalls weitergebaut werden kann.

Alles in allem also steht unseren Heidelberger Kollegen noch eine rege Tätigkeit bevor, ehe auch diese sogenannten „Richtlinien“ in völlig befriedigender Weise ausgebaut sind. Nicht vergessen darf werden, daß natürlich alle diese in den „Richtlinien“ aufgeführten Leistungen der Stadt durchaus freiwillige sind, auf die kein Rechtsanspruch eingeräumt ist; weniger, weil die Stadtverwaltung den Betroffenen den Rechtsanspruch nicht anerkennen will, als um freie Hand gegenüber den Maßnahmen der Militär- und Reichsbehörden zu haben. Das ist auch ein Zeichen der Zeit für den „Sozialstand der Sozialpolitik“ vor dem Kriege, daß jetzt während des Krieges die städtischen Körperchaften ihrem guten Willen nicht einmal freien Lauf lassen können, weil sie befürchten müssen, daß das Reich sich dieses Entgegenkommens der Städte zu seiner eigenen Entlastung zunutze macht.

R. B.

♦ Aus unserer Bewegung ♦

Töbels. Die Löhne der Gemeindearbeiter liegen in den meisten kleineren und mittleren Städten Sachsens noch sehr im argen. Schon in Friedenszeiten waren die Grundlöhne sehr gering, und daß sie ausreichend wären, kann man in der jetzigen Zeit der allgemeinen Teuerung unmöglich sagen. Diese Löhne erreichen vielfach kaum 18 Mk. pro Woche. Wie mit einem solchen Betrage ein Arbeiter mit seiner Familie auskommen soll, dafür haben die wohlwollenden Stadtverwaltungen bisher leider noch kein Rezept erfunden. Notgedrungen nahmen die hiesigen Gemeindearbeiter in einer Versammlung Anfangs November Stellung zur Lohnfrage. Sie beauftragten den Vorsitzenden des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, ein Gesuch an den Stadtrat und die Stadtverordnetenversammlung einzureichen und um Erhöhung der Stundenlöhne um 5 Pf. zu bitten. Daß mit einer solchen Lohnerhöhung noch keine großen Sprünge gemacht werden können, leuchtet ohne weiteres ein, aber leider ist sie noch nicht einmal bewilligt worden. Die Eingabe der Gewerkschaft, wie in der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt wurde, vom Finanzausschuß und dem Stadtrate einfach abgelehnt worden. Anstatt der Arbeiter, die darum nachsuchten, haben die Beamten und Lehrer freiwillig eine Teuerungszulage erhalten, und zwar beträgt der Aufwand hierfür 17.000 Mk. Ist dieses Verfahren schon merkwürdig, so sind es noch mehr die Ausführungen des Stadtverordnetenvorsitzers Adler hierzu, der da sagte: „Die städtischen Beamten und Lehrer haben während der Kriegszeit die Mehrarbeit für ihre zum Kriegsdienst eingezogenen Kollegen willig übernommen, sie verdienen daher Anerkennung und Verächtlichung. Bei den Arbeitern hat man von einer solchen Vereitwilligkeit noch nichts gemerkt.“ Diese Ausführungen lassen einen recht großen Mangel an Sachkenntnis erkennen und der Herr Stadtverordnetenvorsitzende täte wirklich gut, wenn er sich über Sachen, die er nicht kennt, genau unterrichten ließe, ehe er darüber spricht. Zu dieser Sachlage haben die städtischen Arbeiter in einer am 15. v. M. stattgefundenen Zusammenkunft Stellung genommen und beschlossen, sich mit der Abweisung ihrer berechtigten Forderung nicht zu begnügen. Sie haben eine nochmalige Eingabe an den Stadtrat gerichtet, worin sie ihr Bedauern über die ablehnende Haltung des Stadtrats und des Finanzausschusses sowie über die oben wiedergegebenen Ausführungen des Stadtverordnetenvorsitzers zum Ausdruck bringen. Sie betonen nochmals, daß sie aufrege sind, mit ihren Löhnen auszukommen und drücken die Erwartung aus, daß die verlangte Teuerungszulage bewilligt wird. Wir werden sehen, ob diese Eingabe den gewünschten Erfolg haben wird, im anderen Falle behalten sich die Arbeiter weitere Schritte vor. Bemerkenswert sei noch, daß die Gewerkschaft auf ihre Eingabe bisher keine Antwort erhalten hat. Demnach scheint der wohlwollende Stadtrat in Töbels auch zu denen zu gehören, die auch während des Krieges noch nichts gelernt und nichts verstanden haben.

Freiburg i. Br. Unterm 7. November hat unsere Filiale Anträge auf Erhöhung der laufenden Teuerungszulage an die Stadtverwaltung eingereicht. Es sollten erhöht werden die Zulagen für Ledige von 4 auf 10 Mk. monatlich, für Verheiratete von 6 auf 15 Mk. monatlich und die Minderzulage auf 5 Mk. für jedes Kind, während bisher 3,50 Mk. monatlich für das erste und 2,50 Mk. für jedes weitere Kind gewährt wurden. Am 22. November hat nun der Stadtrat folgende Sätze beschlossen, rückwirkend bis 1. Oktober 1916, denen am 18. Dezember der Bürgerausschuß zugestimmt hat: Ledige mit einem Lohn oder Gehalt bis 2.000 Mk. jährlich kommen von 4 auf 6 Mk. monatlich; Verheiratete mit einem Lohn oder Gehalt bis 3.000 Mk. jährlich kommen von 6 auf 10,50 Mk. monatlich; die Minderzulage beträgt für Kinder bis zum 18. Lebensjahr für jedes Kind 5 Mk. pro Monat. Die Sätze sind, mit Ausnahme der Minder-

zulage, wieder einmal sehr bescheiden, wie man dies ja von Freiburg in letzter Zeit gewöhnt ist. Sogar der bescheidene Vermittlungsvorschlag der sozialdemokratischen Fraktion, Ledigen wenigstens 8 Mk., Verheirateten 12 Mk. zu geben, scheiterte im Bürgerausschuß, nachdem sich Herr Reichstagsabgeordneter Stadtrat Fehrenbach vom Zentrum energisch dagegen gewandt und der liberale Arbeiter Vöfler sich als liberaler Fraktionsredner dagegen ausgesprochen hatte. Sie werden glücklicherweise zu zählen sein, diese Arbeiter, welche sich als Liberale betätigen und jetzt während dieser schweren Zeit als Sturmbrücke gegen die bescheidenen Anträge der Arbeiter mißbrauchen lassen. Vielleicht ist Herr Vöfler sogar das einzige Unikum dieser Art im Reich. Es ist immer dasselbe Bild: Heidelberg und Freiburg, die beiden Unversitätsstädte, in denen stets die höchste sozialpolitische Weisheit gedroschen wird, versagen immer dann, wenn es sich um die praktische Betätigung dieser sozialen Theorien auf eigene Kosten handelt.

Karlsruhe. (Teuerungszulagen.) Am 20. Dezember 1916 hat der Bürgerausschuß auf unsere Eingabe vom 20. November eine Erhöhung der Teuerungszulage beschlossen. Gewährt wurden bisher bei einem Lohn bis zu 5,20 Mk. an Arbeiter 45 Pf. pro Tag bzw. 11,25 Mk. monatlich; bei einem Lohn über 5,20 Mk. 30 Pf. pro Tag bzw. 7,50 Mk. monatlich; ferner allen für jedes Kind 4,50 Mk. pro Monat. Beantragt war nun zu gewähren: Bei einem Jahreseinkommen bis zu 2000 Mk. 20 Mk. monatlich, bei einem Einkommen über 2000 Mk. 15 Mk. monatlich und für alle 6 Mk. pro Monat für jedes Kind. Der Stadtrat hat die Beschlüsse beraten und schlug dem Bürgerausschuß folgende Regelung vor: 1. a) Arbeiter mit bis 5,20 Mk. Tagelohn bzw. Angestellte mit bis 135 Mk. Monatsgehalt 18 Mk. monatlich und 7 Mk. für jedes Kind; b) Arbeiter mit über 5,20 Mk. bzw. Angestellte mit über 135 Mk. monatlich sollen erhalten 13 Mk. monatlich und 7 Mk. für jedes Kind; c) Angestellte mit über 225 Mk. bis zu 300 Mk. monatlich sollen erhalten 10 Mk. monatlich und 6 Mk. für jedes Kind; d) Angestellte mit über 300 Mk. (also ohne Höchstgrenze) monatlich sollen eine einmalige Zulage von 100 Mk. und je 60 Mk. für jedes Kind erhalten. 2. Für jedes Kind eines zur Ruhe gesehten oder eines verstorbenen ruhelohnberechtigten Arbeiters oder Angestellten werden 7 Mk. monatlich gewährt. 3. Für die Gewährung der Minderzulagen kommen Kinder bis zum vollendeten 15., oder, sofern sie noch in der Schul- oder Berufsausbildung begriffen sind, bis zum vollendeten 18. Lebensjahr in Betracht. Zu diesen stadtsträflichen Vorschlägen hatte die sozialdemokratische Fraktion noch folgende Anträge gestellt: 1. Es möge die Kinderzulage in allen Fällen, also auch in Ziffer 1, Abs. c, auf 7 Mk. monatlich bemessen werden. 2. Den zur Ruhe gesehten Arbeitern, Angestellten und deren Witwen sollen einmalige Teuerungszulagen gewährt werden und zwar bei einer Pension oder einem Ruhegeld bis zu 135 Mk. monatlich je 54 Mk., bis 225 Mk. monatlich je 30 Mk., bis 300 Mk. monatlich je 30 Mk. Ferner denselben für jedes Kind 7 Mk. monatlich. 3. Die Teuerungszulagen sollen auch denjenigen unständigen Arbeitern und Angestellten gewährt werden, welche mindestens drei Monate bei der Stadt beschäftigt sind. 4. Die einmaligen Zulagen unter Abs. d der stadtsträflichen Vorlage sollen nur an Beamte und Angestellte mit über 300, aber nicht mehr als 500 Mk. monatlich (also 6000 Mk. Jahresgehalt) gewährt werden. Nach lebhafter Debatte wurden die sozialdemokratischen Anträge 1 und 2 angenommen, die Anträge 3 und 4 (letzterer mit nur 2 Stimmen Majorität) abgelehnt, worauf die ganze Vorlage einstimmig angenommen wurde. Sie ist rückwirkend bis 1. Oktober. Das Ganze bedeutet einen schönen Erfolg. Mögen unsere Karlsruhe Kollegen sich dies als Ansporn dienen lassen, erst recht für ihren Verband zu wirken und möglichst auch die vorübergehend Beschäftigten der Organisation zuzuführen.

Mannheim. (Teuerungszulagen.) Am 28. Dezember 1916 wurde unsere Eingabe vom 7. November um Erhöhung der Teuerungszulage vom Bürgerausschuß entschieden. Gewährt wurden bisher bei einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk. an Ledige monatlich 6 Mk., Verheiratete ohne Kinder 15 Mk., Verheiratete mit Kindern 12 bzw. 13 Mk. und für jedes Kind monatlich 3 Mk. Beantragt waren unversiebt für Ledige 15 Mk., Verheiratete 20 Mk. und 5 Mk. monatlich für jedes Kind. Der Stadtrat schlug vor, den Ledigen 10 Mk., den Verheirateten ohne Kinder 18 Mk., mit 1 Kind 20 Mk. und für jedes weitere Kind 4 Mk. mehr zu gewähren. Diese Anträge wurden einstimmig angenommen. Die Höchstgrenze für den Bezug von Teuerungszulagen wurde von 3000 auf 5000 Mk. erhöht. Ein nationalliberaler Antrag, die Höchstgrenze von 5000 Mk. in dieser Kategorie aufzuheben und allen Beamten Zulagen zu gewähren, wurde abgelehnt. Eingeringelte Beamte und Arbeiter hatten bisher keine Teuerungszulage erhalten, sondern den ganzen Lohn bzw. Gehalt bezogen. Mit Rücksicht auf die auch für sie erheblich geringeren Preise wurden ihnen ebenfalls Teuerungszulagen bewilligt und zwar erhalten sie bei einem Lohn oder Gehalt bis 2000 Mk. nun 15 Mk., von 2000 bis 3000 Mk. je 20 Mk., von 3000 bis 4000 Mk. je 25 Mk. monatlich.

Die ganze Vorlage tritt mit Wirkung vom 1. Januar in Kraft. Gemessen an den Beschläffen anderer Städte (siehe Karlsruhe, Straßburg) steht Mannheim nun etwas zurück, insbesondere wäre wünschenswert gewesen, wenn die Vorlage rückwirkend vom 1. Oktober ab beschloffen worden wäre. Immerhin bedeutet sie auch so für unsre Kollegen in Mannheim einen Fortschritt. Möge aber der Umstand, daß Mannheim mehr zurücktritt, für sie ein Ansporn sein, mit verdoppelter Kraft für die Organisation zu arbeiten, denn zweifellos hat ihre Saumseligkeit in letzter Zeit mit dieser unerfreuliche Erscheinung gezeitigt.

Konstanz. Unsere Eingabe vom 28. November hatte den Erfolg, daß die Feuerungszulage für Ledige von 6 auf 12 Mk., für Verheiratete von 12 auf 24 Mk., für jedes Kind von 3 auf 6 Mk. erhöht wurde. Gefordert hatten wir für Ledige 15 Mk., für Verheiratete 30 Mk. Die Kinderzulage sollte bestehen bleiben, weil nur ältere Kollegen beschäftigt sind, für die die Kinderzulage keine Rolle spielt.

Offenburg. (Feuerungszulagen.) Im Dezember 1916 hat der Bürgerausschuß einer Veränderung der Feuerungszulagen zugestimmt. Bisher wurden gewährt bei einem Lohn bis zu 420 Mk. je 30 Pf. pro Tag bezw. 7,50 Mk. monatlich und bei 1 Kind 5 Mk., 2 Kindern 8 Mk., 3 Kindern 10 Mk. monatlich und für jedes weitere Kind 3 Mk. mehr. Jetzt wird gewährt ab 1. Januar bei einem Lohn oder Gehalt bis zu 450 Mk. resp. 130 Mk. monatlich je 45 Pf. pro Tag bezw. 11,25 Mk. monatlich. Bei über 450 Mk. resp. über 130 bis zu 200 Mk. monatlich je 7,50 Mk.; alle Arbeiter und Angestellten mit bis zu 200 Mk. monatlich außerdem eine Kinderzulage von 4,50 Mk. monatlich für jedes Kind.

Straßburg i. G. (Feuerungszulagen.) Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung vom 22. Dezember eine Erhöhung der Feuerungszulagen beschlossen. Es erhalten bei einem Jahreseinkommen bis zu 3000 Mk. nunmehr Ledige 10 Mk. statt vorher 8 Mk.; Verheiratete ohne Kinder 15 Mk. statt vorher 12 Mk.; die Kinderzulage wird von 3 auf 5 Mk. monatlich erhöht. Die Vorlage ist rückwirkend bis 1. November, so daß die Erhöhung für November und Dezember nachbezahlt wird. Beamte mit einem Gehalt von über 3600 bis 5220 Mk. erhalten einmalige Zulagen, und zwar Ledige 40 Mk., Verheiratete 60 Mk., für das 1. bis 4. Kind einschließl. je 30 Mk. bis 150 Mk., vom 5. Kind ab für jedes Kind 20 Mk. mehr. In der gleichen Sitzung wurde beschlossen, daß den Familien der eingerückten händischen Arbeiter die vom November ab eingetretene Erhöhung der Reichsunterstützung nicht in die bisher gewährten 75 Proz. des Lohns eingerechnet wird. Sie beziehen also nunmehr: 75 Proz. des Lohns des Eingetrickten einschließl. der Reichsunterstützung in Höhe der bisherigen Höhe; dazu ab 1. August 75 Proz. der Feuerungszulagen der Nichteingetrickten, das sind für die Frau monatlich 9 Mk., für jedes Kind 2,25 Mk.; dazu tritt nun mit Wirkung vom 1. November ab die Erhöhung der Reichsunterstützung, das sind monatlich 5 Mk. für die Frau und 2,50 Mk. für jedes Kind. Die meisten Familien werden nun durch diese Beträge zusammen auf den Lohn des Eingetrickten oder auch etwas darüber kommen. Soweit bei einzelnen in Monat Dezember der volle Lohn durch die drei Posten nicht erreicht wurde, wird der volle Lohn ausbezahlt. Weiter werden die Eingetrickten, die alle bisher bei der Ortsrentenkasse in ihrer bisherigen Beitragsklasse weiterverichert waren, nunmehr von dieser Beitragsklasse abgemeldet und in der niedrigeren Klasse weiterverichert, damit die ärztliche Behandlung für Frau und Kinder gesichert und die Mitgliedschaft im allgemeinen aufrechterhalten wird. Die Beträge dieser niedrigeren Klasse trägt die Stadt allein als Kriegsmaßnahme. Für die Petrolienen tritt dadurch keine Verschlechterung, sondern eher eine kleine Verbesserung ein, da jetzt keine Beiträge mehr von den 75 Proz. des Lohnes abgezogen werden, ihnen auch das allerdings niedrigere Krankengeld der untersten Klasse ganz bleibt, während bisher zwar im Krankheitsfall die Eingetrickten das ganze Krankengeld der höheren Klasse ausbezahlt erhielten, zwei Drittel aber wurden in die 75 Proz. des Lohnes eingerechnet, nur ein Drittel erhielten sie daneber, so daß sie trotz Leistung der Beiträge nicht mehr wie jetzt hatten. Mögen die Straßburger Kollegen aus diesen Vorgängen erkennen, wie nützlich und notwendig es ist, eine Organisation zu haben, die sich ihrer Interessen annimmt und mögen sie mehr wie bisher unserem Verband beitreten und ihn unterstützen, denn die mehr oder weniger befürchteten oder erwarteten politischen Veränderungen werden, davon werden sie sich nun selbst überzeugt haben, nicht eintreten. Jede Fögerung, den Verband zu stärken, ist deshalb eine Verzögerung der Verbesserung der eigenen Lage.

Stuttgart. Wie uns die Gauleitung mitteilt, ist der Bruder und verdiente Vorsitzende der Filiale Feuerbach, Kollege August Wörner, nach kurzer schwerer Krankheit am 17. Dezember 1916 gestorben. Wer der wackeren, selbstlosen, in jeder Beziehung für das Wohl seiner Kollegen im allgemeinen und der Feuerbacher Gemeindeglieder im besonderen wirkenden Freund kannte, wird ihm mit uns ein ehrendes Andenken bewahren.

Rundschau

Jugend. Im allgemeinen hat nicht der Jüngling die größte geistige Leistungsfähigkeit, sondern der Mann, solange sein Gehirn noch nicht „stillsieht“. Im Mannesalter veraltet unser Gehirn erst recht, was es in der Jugend aufgesaugt und assimiliert hat. Nun sind aber zwei Dinge auseinanderzuhalten, die fast immer zusammengeworfen werden: Kraft und Kraftgefühl. Jenes Aufsaugen von Eindrücken nämlich, jenes Nahren in der Jugend brachte das Wachsen der Kraft und damit das Bewußtwerden dieser Kraft, das heißt ein Kraftgefühl mit sich, wie es später kaum wiederkehrt. Ist die Manneszeit das Alter der höchsten Kraft, so ist also die Jugend das Alter des höchsten Kraftbewußtseins. Daraus geht leicht ein Ueberschätzen des eigenen Vermögens und aus diesem leicht ein Renommieren hervor, das gar nichts schadet, wenn es zuhören oft ganz vergnüglich ist. Es handelt sich eben um selbstverständliche Jugendmängel, die bei tüchtigen Leuten mit dem Wachsen der Urteilskraft und der Erfahrungen von selbst aufhören. Aber wir haben keinen Grund, ihres größeren Kraftbewußtseins halber die Jüngeren für härter zu halten als uns selber. Wir denken an unsre Jünglingszeit zurück und danken im stillen den Göttern, die allerhand Neugierigkeiten unsres damaligen Selbstbewußtseins nicht ernsthaft als Ausflüsse unsres Wesens zu unsrer Charakteristik benutzten. Sorgen wir dafür, daß die Jünglinge von heute uns auch einmal so danken können, wenn sie über dies und das in ihrer Jugend erst selber lächeln. Aber in einer Beziehung „bedeutet“ Jugend allerdings „Zukunft“ nicht nur für den einzelnen (insofern er eben länger als der Ältere lebt), sondern auch im Hinblick auf die Weltgeschichte, die in einer zeitgenössischen Gesellschaft die jungen Leute für den Fortschritt haben. Die Jünglingszeit ist empfänglicher als das Mannesalter, sie nimmt mit Kopf und Herzen neue Eindrücke leichter auf und verarbeitet sie leichter, sie empfängt das Neue gleichsam mit offenen Armen, das der Mann vielleicht nur zögernd von ferne grüßte. Das Nachlassen der Empfänglichkeit mit dem Altern geht bekanntlich bei den Verschiedenen sehr verschieden schnell; der eine wird sehr früh, der andre wird nie zum Philister. Aber keiner bewahrt sich ganz die Empfänglichkeit seiner eigenen Jugend. Neue Weisen des Denkens, des Fühlens, des Schauens gehen fast immer aus von reifen Männern, als den Volksträgern — man vergegenwärtige sich nur, in welchem Alter fast ausnahmslos die großen Bewegter der Kunst und Wissenschaft bei ihren Haupttaten standen. Aber die Genies und die genialen Gedanken werden ihre Propheten in der Jugend ihrer Zeit; die Weiterleitung der Jünglinge trägt die Männer zum Siege über die Philister. Das sollen wir Älteren bedenken: wir sollen uns üben im Aufnehmen neuer Ideen und so den leidigen Naturprozeß des Philistertums verlangsamen. Dazu vor allem brauchen wir hier die nahe Verbindung mit der Jugend, deren größere Empfänglichkeit von allen Feldern die neuen Früchte sammelt. In dieser Richtung ist die Bedeutung des jugendlichen Geistes für eine Kultur ja gar nicht zu überschätzen. Ihr Wagemut ist es, der fortwährend das Blut auffrischt und nach den Herbst und Wintern immer wieder Frühlingsherauszaubert, ohne die wir nie zu Sommern kämen. Da aber die stärkste Empfänglichkeit (im Jünglingsalter) nicht mit der höchsten Kraft der Persönlichkeit und der größten Stärke der Urteilskraft (im Mannesalter) zusammenfällt, so tut die Empfänglichkeit des Jünglings des Guten so leicht zu viel, wie die des Älteren zu wenig. Wo das eigene junge Ich nicht besonders stark ist, da gerät es also leicht unter die Suggestion des stärkeren Fremden, dessen Vorzüge es feuriger zu würdigen, dessen Fehler aber es nicht so kühl zu durchschauen vermag, wie die ruhigere Kritik des Älteren. Und während er im Schlepptau schwimmt, kann der Junge bei seinem starken Kraftgefühl hoch und heilig glauben, er teile die Wellen mit eigenen Armen. Avenarius.

Sicherung der reklamierten Arbeiter. Der preussische Kriegsminister hat an die stellvertretenden Generalkommandos folgenden Erlaß herausgegeben: „Der für die Kriegsindustrie Reklamerte wird grundsätzlich entlassen; damit scheidet er während seiner Zurückstellung aus dem Dienst in der bewaffneten Macht aus und unterliegt den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst. Es ist demnach nicht anständig, aus einem Arbeitswechsel seitens des Reklamierten oder aus einer anderen Streitigkeit über das Arbeitsverhältnis die Veranlassung zur Einziehung zum Wehrdienst zu fordern. Solche Streitigkeiten müssen beim Reklamierten ebenso wie bei jedem anderen Arbeiter auf dem Wege der Schlichtungsverfahren beseitigt werden. Der Reklamierte erhält also seinen Ablebschein, sucht sich schleunigst eine Arbeit in seinem Land oder wird durch den Schlichtungsausschuß einem Patrio-

übertwiefen. Entzieht er sich nach dem Urteil des Ausschusses böswillig der Arbeit, für die er zurückgestellt ist, so entfällt selbstverständlich die Ursache für seine Reklamation; er wird wieder zum Dienft in der bewaffneten Macht eingezogen. Der Arbeitgeber hat darauf keinerlei Einfluß. Im übrigen darf selbstverständlich die Einziehung zum Wehrdienst lediglich aus militärischen Gründen erfolgen. Die militärische An- und Abmeldung des Reklamierten beim Arbeitswechsel ist den militärischen Bestimmungen entsprechend notwendig, damit die Kontrolle über den Aufenthalt des Wehrpflichtigen nicht verloren geht. Natürlich wird durch vorstehende Bestimmungen das Recht der Militärverwaltung nicht berührt, in den Betrieben überflüssige unerfahrene Wehrpflichtige einzuziehen. Hierzu schreibt die Generalkommission: Durch einen vom Kriegsausschuss im Reichstag beantragten Erlaß an die stellvertretenden Generalkommandos ist angeordnet, daß die Reklamierten den Bestimmungen für den vaterländischen Hilfsdienst unterliegen und unter denselben Voraussetzungen wie alle anderen dem Gesetz unterliegenden Arbeitnehmer die Arbeitsstelle zu wechseln berechtigt sind. Nach Mitteilungen, die dem Kriegsausschuss zugegangen sind, soll es vielfach vorgekommen sein, daß Reklamierte, die entfernt von ihrem Heimatort beschäftigt waren, unter Berufung auf den Erlaß einfach die Arbeit niederlegten, um nach ihrem Heimatort zurückzukehren, um dort Beschäftigung anzunehmen. Ein solches Verfahren ist unzulässig und kann nicht nur die Wiedereinziehung der Reklamierten zum Wehrdienst, sondern auch ihre Wehrtragung nach sich ziehen. Die Reklamierten müssen genau wie alle anderen Arbeitnehmer, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen, von dem Unternehmer die Erteilung eines Abreisebeweises verlangen. Weigert sich der Unternehmer, den Abreisebeweis auszustellen, dann kann der nach § 9 des Gesetzes betreffend den vaterländischen Hilfsdienst zu errichtende Ausschuss angerufen werden. Stimm der Reklamierte nachweisen, daß ein wichtiger Grund zum Ausscheiden aus dem Betrieb vorliegt oder er insbesondere durch den Arbeitswechsel eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen in einem anderen, dem vaterländischen Hilfsdienst unterstellten Betrieb erreichen kann, dann muß der Ausschuss ihm den Abreisebeweis erteilen. Im letzteren Falle muß er angeben können, in welchem Betrieb und zu welchem Lohne er in seinem Heimatort Beschäftigung finden kann. Die zur Entscheidung über den Abreisebeweis berufenen Ausschüsse sind vielfach noch nicht errichtet. Die stellvertretenden Generalkommandos sollen aber mit größter Beschleunigung überall solche Ausschüsse einrichten. Im Interesse der Reklamierten liegt es, die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten, und wenn der Abreisebeweis ihnen vom Unternehmer verweigert wird, zu warten, bis der Ausschuss seine Tätigkeit im Besitz aufnimmt. Wer dieses nicht genau beachtet, hat sich selbst zugesprochen, wenn ihm Nachteile erwachsen.

Unter täglichem Brot. Solange es keinen Weltverkehr gab und ein jedes Volk für seine Ernährung auf die Erträge des eigenen Landes angewiesen war, hatte in der Regel eine Minorität zur Fülle die Majorität, der oftmals Hunderttausende, wenn nicht Millionen von Menschen zum Opfer fielen. Im uralten Gebot um das tägliche Brot hand die Fülle nicht vor dem geheimnisvollen Naturwalle, von dem die Ernte abhängt, ihren berechnenden Ausdruck. Diese große Sorge um die Nahrungsmittel ist uns nie so verständlich geworden wie zurzeit, wo Deutschland von dem ganzen Weltverkehr abgeschlossen und auf sich selbst angewiesen ist. Die Lebensmittelfrage beherrscht das ganze Denken des Volkes und bildet fast noch den einzigen Wehrstoff. Nach dem Friedensschluß und der Wiedereröffnung der Grenzen werden sich die Verhältnisse natürlich wieder ändern. Aber darüber besteht kein Zweifel, daß auch nach dem Kriege die Lebensmittelzufuhr mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen haben wird, und immer mehr drängt die Ueberzeugung durch, daß die Lebensmittelversorgung nicht mehr dem freien Spiel der Kräfte, dem kapitalistischen Handel überlassen bleiben kann. Die Erfahrung im Kriege hat aber auch von neuem gezeigt, daß das Brot die Grundlage der ganzen Ernährung bildet und die Organisation der Verteilung, wie sie im Getreide- und Brotverkehr geschafften worden ist, der Weg ist, den in Zukunft die gesamte Lebensmittelversorgung gehen muß. Im Gegensatz zur Lebensmittelversorgung im allgemeinen hat die Versorgung mit Brot so gut funktioniert, daß gegen sie keine Beschwerden von Bedeutung erhoben worden sind. Und dieses Resultat wurde erzielt bei relativ schlechter Ernte! Es betrug die deutsche Ernte in Tonnen:

	in Prozenten der Quote von 1913			
	1914	1915	1914	1915
Weizen . . .	3 972 000	3 856 000	85	83
Roggen . . .	10 427 000	9 152 000	85	75
Gerste . . .	3 198 000	2 484 000	85	68
Safer . . .	9 038 000	5 880 000	93	62

1915 war die Ernte also sogar noch schlechter als 1914, das schon bedeutend hinter 1913 zurückblieb. Zur Brotbereitung mußten freilich Kartoffeln verwendet werden. Aber auch das war nur möglich durch die Organisation, der allein es zu verdanken ist, daß das Brot ausreichte. Zur die Brotbereitung in Friedenszeiten

ist allerdings die Weltproduktion maßgebend. Die Weltgetreideernten betragen in den letzten Jahren (in Millionen Tonnen):

	Weizen	Roggen	Safer	Gerste	Hafer
1911 . . .	96	43	67	81	82
1912 . . .	105	50	68	88	106
1913 . . .	109	49	71	85	87
1914 . . .	100	48	62	80	95
1915 . . .	124	46	71	82	100

Die Weltente war also im Jahre 1915 vorzüglich, während Deutschland eine sehr schlechte Ernte hatte, und unter normalen Verhältnissen hätte der Fehlbedarf leicht vom Weltmarkt gedeckt werden können. Auch zeigt die Weltproduktion dieselbe Steigerung der Erträge, wie sie in Deutschland zu beobachten ist, wo die Ernterückgänge betragen (in Tonnen):

	Weizen	Spels	Roggen	Safer	Gerste
1903 . . .	3 555 000	447 000	9 904 000	7 878 000	3 324 000
1912 . . .	4 860 000	407 000	11 568 000	8 520 000	3 482 000
1913 . . .	4 856 000	438 000	12 222 000	9 873 000	3 673 000

Die Zunahme der Ernte ist auf die Steigerung der Produktivität zurückzuführen, die sich auch in der Kartoffelernte zeigt. Im Jahre 1903 betrug die deutsche Kartoffelernte 43 Millionen Tonnen, 1913 aber 54,1 Millionen. Es besteht also auf der Welt noch kein Mangel an Getreide, also Brot, infolge geringerer Produktion. Aber der Getreidemehelhandel hat durch den Krieg eine Revolutionierung von außerordentlicher Bedeutung erfahren, die ohne Zweifel weit in die Friedenszeit hinein fortwirken wird. Im zweiten Kriegsjahr 1915 betrug der Wert der Ausfuhr an Körnerfrüchten und Mehl aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika 228 Millionen Dollar gegen nur 203 im Jahre 1913. Der gesamte Getreideexport Amerikas hat sich nach bestimmten Ländern gelenkt, die auch in der Friedenszeit mit allen Mitteln bestrbt sein werden, die Zufuhr zu behalten. Und Nordamerika brachte im Jahre 1915/16 von der gesamten Ausfuhr aller Länder 81 Proz. auf! Die Getreideausfuhr Russlands, das die größte Getreideproduktion der Welt hat, ist schon vor dem Kriege ständig zurückgegangen. Mit der zunehmenden Industrialisierung aller Länder wird die Nachfrage nach Getreide auf dem Weltmarkt immer größer, und der Weltmarktpreis wird ins ungemessene steigen, wenn der Getreideverkehr der kapitalistischen Spekulation überlassen bleibt. Einer vorzüglichen Organisation, der die Rohstoffe des Staates zur Seite stehen, wird es nur gelingen können, nach dem Kriege eine Regelung auch in den Weltverkehr mit Getreide bringen und diesen nach dem Bedarf der einzelnen Länder und im Interesse der Konsumenten gestalten zu können. Das Getreidemonopol in Deutschland wird deshalb auch in der Friedenszeit erhalten bleiben müssen, wenn wir nicht unser wichtigstes Lebensmittel zum Spielball der Spekulation machen wollen.

Das Lob der Arbeiterschaft. In ihrer „Wirtschaftspolitischen Wochenchau“ behandelt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ die Umstellung der deutschen Industrie auf die Bedürfnisse des Krieges. Das offiziöse Blatt führt u. a. aus: „Allerdings nicht die Führer und Leiter allein können das Verdienst dieser ungeheuren Leistung für sich in Anspruch nehmen. Die besten Offiziere vermögen nur zu segnen, wenn sie die tüchtigsten und tapfersten Soldaten hinter sich haben. Die deutschen Industrieleiter führen eine Arbeiter-Armee, die an technischem Können, an Bildung und Geschäftlichkeit, wie an Pflichtbewußtsein und Vaterlandstreue die jedes anderen Landes übertrifft. Die Größe ihres Schaffens soll und darf hinter dem, was die organisierten Kräfte der Industrie geleistet haben, nicht zurücktreten. Eine Umgestaltung größten Stils, wie wir sie vorgenommen haben, verlangt Arbeiter, die sich ganz neuen Aufgaben rauh gewachsen zeigen; die Anspannung der Kräfte, die enorme Steigerung der Erzeugungsmenge, zu der wir gezwungen waren und die wir vollbracht haben, fordert eine Hingabe, die nur ernstestes vaterländisches Pflichtgefühl dauernd aufzubringen vermag. Der Hilfsdienst ist eine neue Probe auf dieses Pflichtgefühl. Er bringt Beschränkungen und Vergichte, an deren Möglichkeit noch vor wenigen Monaten niemand gedacht hat; er stellt die Arbeitskraft jedes einzelnen unter die Verfügungsgewalt der Allgemeinheit. Allein die deutsche Arbeitererschaft hat sofort und allgemein begriffen, daß diese neuen Opfer für das Vaterland und seine Zukunft nötig sind, und hat sie ohne Jähzorn frei und freudig auf sich genommen. Arbeiter- und Angestelltenverbände, die zusammen vier Millionen Arbeitnehmer vertreten, haben sich in diesen Tagen in Berlin versammelt, um ihren festen Willen zur Mitwirkung an der Durchführung zur Hilfsdienstpflicht zu bekunden und über die Form dieser Mitwirkung zu beraten. Sie sind damit nur folgerichtig auf dem Wege weitergegangen, den die deutsche Arbeitererschaft von Kriegsbeginn an eingeschlagen hat und von dem sie während der ganzen Jahre des Kampfes niemals abgewichen ist. Als der Krieg ausbrach, da hörten alle Streiks und Ausperrungen, alle gewaltsamen Arbeitskämpfe mit einem Schlage auf; man hatte auf der Seite der Arbeitgeber wie auf der der Arbeitnehmer sogleich erkannt, daß nunmehr alle Kraft dem Kampfe und dem Siege gehöre und keine durch innere Neiden verzettelt werden dürfe.“ Vor dem Kriege war es gerade die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, die in jedem Lohnkampf eine Auflehnung gegen die gottgewollte Abhängigkeit erblickte. Wird sich das dauernd ändern?

Zum neuen Jahr.

So manchmal werd' ich irre an der Stunde,
An Tag und Jahr, ach an der ganzen Zeit;
Es geht und tobt, doch mitten auf dem Grunde
Ist es so still, so kalt, so zugeschnitten!

Habt ihr euch auf ein neues Jahr gefreut,
Die Zukunft preisend mit beedrem Munde?
Es roht heran und schleudert, o wie weit!
Euch rückwärts. — Ihr verflucht im alten Schlunde

Toch kann ich nie die Hoffnung ganz verlieren,
Sind auch noch viele Nächte zu durchträumen,
Zu schlafen, zu durchwachen, zu durchfristen!

So wahr erdrüht Wasser müssen schäumen,
Muh, ob der tiefsten Nacht, Tag triumphieren,
Und sich: schon bricht es rot aus Vulkanen! —

Gottfried Keller.

Eingegangene Schriften und Bücher

Staatsarbeiterrecht oder Reform des gesamten Arbeitsrechts? Von J. Kurth-München. Herausgegeben im Auftrage des Deutschen Eisenbahnerverbandes von L. Brunner-Berlin. Preis 50 Pf. Der Verfasser dieser Broschüre ist Angehöriger des Deutschen Metallarbeiterverbandes in München; er hat sich seit einer Reihe von Jahren eingehend mit den Verhältnissen der Staatsarbeiter befaßt und das Ergebnis seiner Studien und Erfahrungen in dieser Arbeit zusammengefaßt. Zum ersten Male wird hier die Frage, ob die Rechtsverhältnisse der Staatsarbeiter in einem besonderen Staatsarbeiterrecht oder im Rahmen eines allgemeinen Arbeiterrechts geregelt werden sollen, eingehend und umfassend behandelt. Nach allen Seiten hin beleuchtet Kurth die Frage, um zu dem Schluß zu gelangen, daß Staatsarbeiter wie Privatarbeiter in gleicher Weise an der Reform des Arbeiterrechts interessiert sind und ein besonderes Staatsarbeiterrecht zu verwerfen ist. Vorkellungen nimmt jede Buchhandlung, sowie die Geschäftsstelle des Deutschen Eisenbahnerverbandes, Berlin SO. 16, Engelhofer 18, entgegen.

„Arbeiter Jugend“. Die sechste erschienene Nr. 27 des achten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: Am Schluß des Jahres. Von Jürgen Brand. — Die Lehrlingsfrage in der Kriegszeit. Von Karl Vordörfer. — Das Dreiflön. Von Karl Bröger. — Dein Wohl im Wohl des Ganzen. Gedicht von Leopold Zhefer. — In der verheulenen Eifel. Von W. Soltmann. (Mit Abbildungen). — Heinrich Heine. Von Ida Straker. (Zuluk). — Der Krieg und die Wanderstrafen der Jugend. — Die Bildung. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage.

Die Humboldt Akademie, Freie Hochschule, veröffentlicht für das Lehrjahr Januar März 1917 ein reichhaltiges Verzeichnis von etwa 23 Vortragsreihen aus allen Gebieten. Neben den Geistes- und Kunstwissenschaften ist diesmal ein besonderes Augenmerk auf die Pflege der angewandten Naturwissenschaften und auf die fremden Sprachen gelegt worden. Gleichzeitig werden besondere Vorlesungen und Vorträge für die Arbeiter von Groß-Berlin angezeigt. — Die Humboldt Akademie, Freie Hochschule, die jetzt sämtliche Dozenten der früheren beiden Hochschulen umfaßt, setzt sich bei ihrem Programm von dem Streben geleitet, eine Volksuniversität für Männer und Frauen jeden Standes zu werden. — Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten in Geschäftsstellen vieler Vereine, in Buchhandlungen und Kaufhäusern; Hauptbureau C. 2, Neue Friedrichstraße 53, 56 II, 10-12, 1-5 Uhr. Zentrum 4690.

„Die Wode“. Sozialistische Wochenchrift. Herausgeber: Parvus (Bertrag für Sozialwissenschaft G. m. b. H., Berlin ZB. 6-4). Das eben erschienene Heft 41 enthält u. a. folgende Artikel: Dr. Paul Leusch, M. d. N.: Die Antwort der Entente. Engelbert Fernerstorfer: Friedenssehnsucht und Friedensmöglichkeit. Wilhelm Janison: Mitteleuropäische Agrarfragen. Hermann Wendel, M. d. N.: Dalmazja nostra. A. Reimann: Die proletarische Jugendbewegung der Zukunft. Hans Sonntag: Ein Kampf um die Scholle. Alfons Feyold: Der Gesangene laucht. Woffen. — Einzelhefte 20 Pf., vierteljährlich 2,50 Mk. bei allen Buchhandlungen und Postanstalten.

Das Kaninchen und seine volkswirtschaftliche Bedeutung in Kriegs- und Friedenszeiten. Praktische Anleitung für Zuchtanfänger. Von K. Kaller, Marbach bei Marburg (Vahn). 3. erw. Auflage. Preis 30 Pf. in den Buchhandlungen. Gegen Voreinsendung von 35 Pf. an den Verfasser freie Zusendung. — Das Zerschreiben kommt zur rechten Zeit angedacht des großen Aufschwungs, den die Kaninchenzucht genommen hat und noch nimmt. Es ist jedem Züchter, insbesondere dem Anfänger, sehr zu empfehlen; denn es sagt klar und deutlich, was unbedingt erforderlich ist, um Freude anstatt Enttäuschung an der Zucht zu erleben und wirklichen Nutzen zu erzielen.

Totenliste des Verbandes.

- | | |
|--|--|
| Ernst Berndt, Berlin
Einzelmitglied
† 25. 12. 1916, 67 Jahre alt. | Joh. Pfannenkiel, Kottbus
Arbeiter
† 27. 12. 1916, 66 Jahre alt. |
| Michael Egner, Dresden
Arbeiter
† 30. 12. 1916, 73 Jahre alt. | Joh. Plümer, Bremen
Arbeiter
† 21. 10. 1916, 46 Jahre alt. |
| Max Förker, Berlin
Schlosser
† 24. 12. 1916, 28 Jahre alt. | Joh. Kehlbers, Hamburg
Straßenreinigung
† 19. 12. 1916, 68 Jahre alt. |
| Josef Guder, Berlin
Gasarbeiter
† 8. 1. 1917, 45 Jahre alt. | Alfred Reichelt, Breslau
Arbeiter
† 22. 12. 1916, 26 Jahre alt. |
| K. Kabwinkel, Charlottenbg.
Arbeiter
† 26. 12. 1916, 49 Jahre alt. | Paul Schiele, München
Theaterkassier
† 28. 12. 1916, 68 Jahre alt. |
| J. Klaus, Schwab. Gmünd
Gemeindefarbender
† 7. 1. 1917, 67 Jahre alt. | Karl Schreiber, Hamburg
Vauderputation
† 28. 12. 1916, 64 Jahre alt. |
| F. Krügel, Mühlhausen, Th.
Arbeiter
† 5. 1. 1917, 62 Jahre alt. | Adam Weidner, Kottbus
† 28. 12. 1916, 48 Jahre alt. |
| Johann Kruse, Hamburg
Katenneuarbeiter
† 21. 12. 1916, 44 Jahre alt. | Sebast. Weikmann, München
Stablaufheber
† 24. 12. 1916, 49 Jahre alt. |
| Friedrich Lange, Kitzberg
Schmied
† 24. 12. 1916, 37 Jahre alt. | August Wörner, Stuttgart
Gasarbeiter
† 17. 12. 1916. |
| A. Leising, Ludwigshafen, Rh.
Straßenreiniger
† 19. 12. 1916, 66 Jahre alt. | Morik Wunderlich, Zwickau
Pensionär
† 23. 12. 1916, 77 Jahre alt. |
| Wilhelm Zels, Berlin
Wartarbeiter
† 5. 1. 1917, 64 Jahre alt. | |



des Weltkrieges:

- | | |
|---|---|
| Rudolf Baack, Hamburg
am 1. November 1916
gefallen. | Otto Kuppe, Hamburg
am 18. Dezember 1916
gefallen. |
| Karl Barthel, Ransern
am 18. Oktober 1916 im Alter von 31 Jahren i. Lazarett gestorben. | E. Mikland, Mühlhausen, Elb.
am 20. Dezember 1916 im Alter v. 43 Jahr. i. Lazarett gestorben. |
| Max Doffow, Schöneberg
am 23. November 1916 im Alter von 36 Jahren gefallen. | Artur Schäfer, Berlin
am 18. Dezember 1916 im Alter von 34 Jahren gefallen. |
| Karl Geerb, Hamburg
am 11. Juli 1916
gefallen. | Oswald Starke, Zittau i. S.
am 3. November 1916 im Alter von 20 Jahren gefallen. |
| Josef Höck, München
am 14. Dezember 1916 im Alter von 85 Jahren gefallen. | Emil Weimeißer, Zerbß
am 4. Dezember 1916 im Alter v. 41 Jahr. i. Lazarett gestorben. |
| Josef Kalketa, Leipzig
am 11. Dezember 1916 im Alter von 40 Jahren gefallen. | Carl Welter, Hamburg
am 11. September 1916 im Lazarett gestorben. |
| Karl Klinge, Wernigerode
am 1. Oktober 1916 im Alter von 20 Jahren gefallen. | Anton Wimmer, Hamburg
am 10. November 1914
gefallen. |

Ehre ihrem Andenken!